

NIEDERSCHRIFT

über die 5. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Digitalisierung der Stadt Gummersbach vom 30.09.2021 in der Halle 32, Steinmüllerallee 10, 51643 Gummersbach.

Die Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Digitalisierung waren durch die fristgerechte Einladung einberufen. Der Vorsitzende stellt bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwendungen nicht erhoben werden. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Digitalisierung ist nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Anwesend sind:

Vorsitz

Vorsitzender Jörg Jansen

Mitglieder

1. stellv. Vorsitzender Jürgen Marquardt

2. stellv. Vorsitzende Christine Stamm

Stadtverordneter Kurt Uwe Dick

sachkundiger Bürger Norbert Luhnau

2. stellv. Bürgermeisterin Helga Auerswald

sachkundiger Bürger Sivanujan Sivapatham

Stadtverordneter Andreas Dißmann

Stadtverordneter Joachim Scholz

Stadtverordneter Rainer Degner

Stadtverordneter Elke Wilke

Stadtverordneter Tom Peetz

Stadtverordneter Uwe Schneevogt

Vertretung für Herrn Reinhard Elschner

Stadtverordneter Marion Fuhr

Vertretung für Herrn Uwe Schieder

Verwaltung

Techn. Beigeordneter Jürgen Hefner

VA. Uwe Winheller

VA. Susanne Kaltenbach

VA. Rolf Backhaus

VA. Francis Jovan

VA. Jenny Berkey

VA. Michaela Hahne

VA. Madlen Mertens

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Gäste:

Herr Dr. Ulrich Priesmeier

Herr Torsten Sülzer (Presse) (anwesend bis 20.05 Uhr)

Herr Rainer Sülzer (anwesend bis 18.14 Uhr)

Herr Viktor Magnes (anwesend bis 19.07 Uhr)

Frau Nicole Richter (anwesend bis 19.07 Uhr)

Herr Burghard Rösner (ASTO) (anwesend bis 18.14 Uhr)

Entschuldigt:

Mitglieder

Stadtverordneter Jakob Löwen

Stadtverordneter Reinhard Elschner

Stadtverordneter Uwe Schieder

beratendes Mitglied Mustafa Gündesli

Die Niederschrift führt: Michaela Hahne

Sitzungsbeginn 18:00 Uhr

Sitzungsunterbrechung: --

Sitzungsende: 20:15 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil:

- TOP 1 Niederschrift der letzten Sitzung
- TOP 2 Angelegenheiten der Abfallentsorgung - Verpackungsentorgungssystem
Vorlage: 04653/2021
- TOP 3 Informationen zur Digitalisierung
- TOP 4 Beschluss über einen Antrag auf Gewährung einer Zuwendung im Rahmen
des Sonderauftrages "Feuerwehrrhäuser in Dörfern 2022" - hier:
Feuerwehrgerätehaus Dieringhausen
Vorlage: 04654/2021
- TOP 5 Bebauungsplan Nr. 13 "Gummersbach - Dellenfelder Straße / 1. Änderung"
5. Änderung (vereinfachtes Verfahren); Aufstellungs- und
Offenlagebeschluss
Vorlage: 04639/2021
- TOP 6 Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 311 "Derschlag - Eulenhofstraße
West"; Aufstellungs- und Offenlagebeschluss
Vorlage: 04646/2021
- TOP 7 Bericht über die Anliegerversammlung der "Berghausener Straße" (ohne
Vorlage)
- TOP 8 Bericht über die Anliegerversammlung der "Schützenstraße" (ohne Vorlage)
- TOP 9 Bericht über die Anliegerversammlung der Straße "Am Steinbergshof" (ohne
Vorlage)
- TOP 10 Gebührenkalkulation Straßenreinigung für das Haushaltsjahr 2022
Vorlage: 04652/2021
- TOP 11 Gebührenkalkulation Bestattungswesen für das Haushaltsjahr 2022
Vorlage: 04655/2021
- TOP 12 Informationen zur Stadtentwicklung
- TOP 13 Mitteilungen

Nicht öffentlicher Teil:

- TOP 14 Mitteilungen über die Vergabe von Aufträgen im Bereich von 25.000 EUR bis
100.000 EUR
- TOP 15 Mitteilungen

Öffentlicher Teil:

**TOP 1
Niederschrift der letzten Sitzung**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Digitalisierung vom 26.08.2021 ist damit einstimmig genehmigt.

**TOP 2
Angelegenheiten der Abfallentsorgung - Verpackungsentorgungssystem
Vorlage: 04653/2021**

Nachfolgende Beschlussempfehlung wird einstimmig gefasst.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Digitalisierung empfiehlt dem Rat, das bisherige Verpackungssystem „gelber Sack“ unter Verbesserung der Qualität der Säcke beizubehalten und den ASTO mit entsprechenden Verhandlungen mit den Dualen Systemen zu beauftragen.

**TOP 3
Informationen zur Digitalisierung**

Frau Berkey berichtet über das Thema „Digitalisierung in der Verwaltung“. Sie teilt mit, dass das Onlinezugangsgesetz (OZG) im 08/2017 in Kraft getreten ist. Aus diesem Gesetz ergibt sich die Verpflichtung für Kommunen, Bund und Länder die Portale zu verknüpfen. Frau Berkey gibt einen Überblick über den derzeitigen Stand der Stadt Gummersbach im Bereich der „Digitalisierung“ und zeigt Beispiele auf, wo dies bereits umgesetzt wird.

Zu der Frage von Herrn Stv. Dissmann, ob unabhängig von der noch auszuwählenden Dokumentenmanagementsoftware eine ergänzende Datensicherung angestrebt wird, nimmt Frau Berkey wie folgt Stellung:

Grundsätzlich wird das Thema der zukunftsfähigen Sicherung von Dokumenten innerhalb des Dokumentenmanagementsystem Teil der Auswahlentscheidung sein.

Bereits jetzt ist gewährleistet, dass der jeweilige tagesaktuelle Dokumentenbestand eines etwaigen Dokumentenmanagementsystems als pdf-A für sechs Monate als unveränderbare Datei auf einem Server der Stadt Gummersbach gesichert werden wird. Zusätzlich erfolgt für insgesamt zwölf Monate eine entsprechende Sicherung über die regioIT.

Ergänzend zur Dokumentenmanagementsoftware wird ein digitales Langzeitarchiv eingerichtet werden, in das Dokumente von grundsätzlicher Bedeutung nach Ablauf von Aufbewahrungsfristen überführt werden können.

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Auch die dort gespeicherten Daten werden in der beschriebenen Weise gesichert werden.

Näheres kann der Präsentation, die zu diesem Thema in der Sitzung gezeigt wurde, entnommen werden. Die Präsentation kann unter dem TOP 3 „Informationen zur Digitalisierung“ in Session abgerufen werden.

TOP 4

**Beschluss über einen Antrag auf Gewährung einer Zuwendung im Rahmen des Sonderauftrages "Feuerwehrrhäuser in Dörfern 2022" - hier: Feuerwehrrgerätehaus Dieringhausen
Vorlage: 04654/2021**

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.
Abstimmungsergebnis:

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung einen Antrag auf Gewährung einer Zuwendung im Rahmen des Sonderauftrages „Feuerwehrrhäuser in Dörfern 2022“ zu stellen.

TOP 5

**Bebauungsplan Nr. 13 "Gummersbach - Dellenfelder Straße / 1. Änderung" 5. Änderung (vereinfachtes Verfahren); Aufstellungs- und Offenlagebeschluss
Vorlage: 04639/2021**

Herr Backhaus berichtet, dass die Fa. Autohaus Wuttke & Quast GmbH in Gummersbach-Niederseßmar beabsichtigt, ein Reifenlager und eine Werkstatthalle zu errichten. Dies erfordert eine Änderung des Bebauungsplanes Nr. 13.1 „Gummersbach – Dellenfelder Straße. Von Seiten der Verwaltung spricht nichts gegen eine Änderung des vorgenannten Bebauungsplanes.

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst (bei Stimmenthaltung/en).
Abstimmungsergebnis:

Ja 12 Nein 0 Enthaltung 1

Beschluss:

1. Gemäß § 2 Abs. 1 i.V.m. § 13 BauGB wird in dem im beigefügten Übersichtsplan (Original M 1: 2500) durch Umrandung gekennzeichneten Bereich die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 13 „Gummersbach – Dellenfelder Straße / 1. Änderung“ im Sinne des § 30 Abs. 1 BauGB aufgestellt.

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

2. Die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 13.1 „Gummersbach – Dellenfelder Straße“ wird gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.

Es liegen keine umweltbezogenen Stellungnahmen vor.

3. Die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingeholt.

TOP 6

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 311 "Derschlag - Eulenhofstraße West"; Aufstellungs- und Offenlagebeschluss

Vorlage: 04646/2021

Herr Backhaus informiert über das geplante Vorhaben der Magnes Richter GbR. Er informiert über die durchgeführten Ortstermine an denen verschiedene Fachbereiche der Stadt, der Polizei sowie dem ASTO beteiligt waren.

Die Mitglieder des Ausschusses beschließen mehrheitlich die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 311 „Derschlag – Eulenhofstraße West“

Nachfolgender Beschluss wurde mehrheitlich gefasst.
Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

Beschluss:

1. Gemäß § 2 Abs. 1 i.V.m. § 13b BauGB wird für den im beigefügten Übersichtsplan durch Umrandung gekennzeichneten Bereich im Maßstab 1:2500 der Bebauungsplan Nr. 311 „Derschlag – Eulenhofstraße West“ im Sinne des § 30 Abs. 1 BauGB aufgestellt.

2. Der Bebauungsplan Nr. 311 „Derschlag – Eulenhofstraße West“ wird gem. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.

Es liegen keine umweltbezogenen Stellungnahmen vor.

3. Die Stellungnahmen der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange werden gem. § 4 Abs. 2 BauGB eingeholt.

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

TOP 7

Bericht über die Anliegerversammlung der "Berghausener Straße" (ohne Vorlage)

Herr Winheller berichtet von der Anliegerversammlung der „Berghausener Straße“. Er teilt mit, dass es während der Baumaßnahme zu Problemen kommen könnte, da es sich bei der Straße um eine Sackgasse handelt. Evtl. muss ein in der Örtlichkeit vorhandener Wirtschaftsweg während der Bauzeit als Ersatzzuwegung genutzt werden. Seitens der Anlieger wird eine kostenmäßige Beteiligung an der erforderlichen Instandsetzung des Weges abgelehnt.

Abgelehnt wurden von den Anliegern auch die zur Geschwindigkeitsdämpfung vorgeschlagenen Fahrbahnplateaus.

TOP 8

Bericht über die Anliegerversammlung der "Schützenstraße" (ohne Vorlage)

Herr Winheller berichtet über die Anliegerversammlung der „Schützenstraße“. Zu den Inhalten der vorgestellten Planung wurde keine Kritik vorgetragen. Die Betreiber des „Lokal`s“ haben um ein Gespräch gebeten, da sie eine Einschränkung der Außengastronomie befürchten.

TOP 9

Bericht über die Anliegerversammlung der Straße "Am Steinbergshof" (ohne Vorlage)

Herr Winheller berichtet von der Anliegerversammlung der Straße „Am Steinbergshof“. Er weist darauf hin, dass ein Anlieger auf ein Höhlensystem hingewiesen hat.

Frau Kaltenbach trägt zur Beitragserhebung bei einer kombinierten Straßen- und Kanalbaumaßnahme vor. Grundsätzlich ist bei der Ermittlung des Aufwandes für die Herstellung oder Verbesserung einer Straße eine Ersparnis kostenmindernd zu berücksichtigen, die dadurch entsteht, dass die Straßenbaumaßnahme mit anderen Baumaßnahmen verbunden wird und dadurch Kosten vermieden werden, die bei getrennter Durchführung entstanden wären (OVG NRW, Urteil vom 05.09.1986, Az. 2 A 963/84). Im Bereich des Kanalbaus erfolgt dies durch die sogenannte Kanalgrabengutschrift.

Näheres kann der Präsentation, die zu diesem Thema in der Sitzung gezeigt wurde, entnommen werden. Die Präsentation kann unter dem TOP 9 „Bericht über die Anliegerversammlung der Straße „Am Steinbergshof“ in Session abgerufen werden.

TOP 10

Gebührenkalkulation Straßenreinigung für das Haushaltsjahr 2022

Vorlage: 04652/2021

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Digitalisierung verweist die Gebührenkalkulation Straßenreinigung für das Haushaltsjahr 2022 zur Beratung in die Fraktionen.

TOP 11

Gebührenkalkulation Bestattungswesen für das Haushaltsjahr 2022

Vorlage: 04655/2021

Beschluss:

Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss verweist die Gebührenkalkulation Bestattungswesen für das Haushaltsjahr 2022 zur Beratung in die Fraktionen.

TOP 12

Informationen zur Stadtentwicklung

Herr Hefner weist darauf hin, dass bis zum 30.09.2021 neue Anträge auf Städtebauförderung gestellt werden mussten und teilt mit, dass die Maßnahme „Bernberg“ fördertechnisch mit Abgabe des Antrages für das STEP 2022 somit abgeschlossen ist. Bei dieser Maßnahme wurden insgesamt 10 Mio. Euro investiert. Weiter führte er aus, daß auch für das Stadtumbaugebiet Gummersbach Zentrum der Ausfinanzierungsantrag für die Phase 1 gestellt worden ist.

TOP 13

Mitteilungen

Baumaßnahme „Errichtung des Kreisverkehrs Reininghauser Straße“

Herr Winheller berichtet über den derzeitigen Stand der Baumaßnahme „Kreisverkehr Reininghauser Straße“. Er teilt mit, dass bei den Bauarbeiten festgestellt wurde, dass die Tragfähigkeit des Bodens für den Bau einer geplanten Stützmauer noch ungünstiger ist, als es bei Baubeginn erwartet wurde. Klärungen bezüglich einer baulichen Lösung des Problems stehen an. Zum jetzigen Zeitpunkt geht Herr Winheller jedoch von keiner Verlängerung der Gesamtbauzeit aus, da der Bauablauf so umgestellt werden konnte, dass an anderer Stelle weitergebaut werden kann.

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Parkplatzsituation in Gummersbach-Bernberg

Herr Winheller schildert die Verkehrssituation in einer Parallelstraße der Dümmlinghauser Straße im Bereich der Häuser „48-76“. In der Vergangenheit wurde der Parallelweg (an dem eine Arztpraxis liegt) häufig stark beparkt. Parkende Fahrzeuge haben jedoch dazu geführt, dass die Stichstraße für Rettungsfahrzeuge versperrt war und z. B. ein Fahrzeug die Stichstraße im Einsatz nicht durchfahren konnte.

In Abstimmung mit der Polizei hat die Verwaltung im parallel geführten Weg mittels Fahrbahnmarkierung einen „Fußwegstreifen“ abgegrenzt, der letztendlich dazu führt, dass in dem Weg kein PKW mehr abgestellt werden kann.

Das hat zu einem Stellplatzproblem bei der Arztpraxis geführt. Die vorhandenen 2 Stellplätze bei der Praxis decken den tatsächlichen Bedarf nicht. Der Betreiber der Arztpraxis hat die Verwaltung um eine Lösung gebeten.

Der zwischenzeitlich (und kurzfristig) entwickelte Lösungsansatz der Verwaltung sieht vor, einen Längsparkstreifen an der Dümmlinghauser Straße, am nördlichen Fahrbahnrand in Höhe der Einmündung des Parallelweges einzurichten. Diese Maßnahme erfordert jedoch die Aufgabe der kurzen Linksabbiegespuren in den Parallelweg bzw. den gegenüberliegenden Akazienweg.

Im Zusammenhang mit einer kurzfristig anstehenden Deckensanierung in der Dümmlinghauser Straße soll die mit der anordnenden Verkehrsbehörde, der Kreispolizei und dem Bauhof abgestimmten Maßnahme für einen Versuchszeitraum (provisorisch angelegt) ausgeführt werden.

Herr Jovan stellt dar, dass bis zu 9 Stellplätze am Fahrbahnrand der Dümmlinghauser Straße eingerichtet werden können und er beschreibt, dass sich im Umfeld der Arztpraxis an anderer und naheliegender Stelle keine Alternativen zur vorgestellten Planung darstellen.

Verschiedene Mitglieder des Ausschusses nehmen zu den vorgestellten Inhalten Stellung. Der von der Verwaltung vorgestellte Ansatz stösst auf Zustimmung und soll in der beschriebenen Form ausgeführt werden.

gez.

Jörg Jansen
Vorsitzender

gez.

Jürgen Hefner
Techn. Beigeordneter

gez.

Michaela Hahne
Schriftführung